

Einbürgerungstest Simulation

Test 4 von 5 · Bundesland Sachsen-Anhalt

33 Fragen · 30 allgemein + 3 Landesfragen · Zum Bestehen: mindestens 17 richtige Antworten

Hinweise: Kreuze bei jeder Frage eine Antwort an. Die richtige Lösung findest du im Lösungsschlüssel am Ende dieses PDFs. In der echten Prüfung hast du 60 Minuten Zeit.

1 In Deutschland hat ein Kind in der Schule ...

- A) Wahlfreiheit für alle Fächer.
- B) Anspruch auf Schulgeld.
- C) Anwesenheitspflicht.
- D) Recht auf unbegrenzte Freizeit.

2 Was braucht man in Deutschland für eine Ehescheidung?

- A) ein Attest einer Ärztin/eines Arztes
- B) die Einwilligung der Eltern
- C) die Unterstützung einer Anwältin/eines Anwalts
- D) die Einwilligung der Kinder

3 Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

- A) Norwegen
- B) Dänemark
- C) Schweden
- D) Finnland

4 Welchem Grundsatz unterliegen Wahlen in Deutschland? Wahlen in Deutschland sind ...

- A) geschlossen, gleich, sicher.
- B) frei, gleich, geheim.
- C) sicher, offen, freiwillig.
- D) offen, sicher, frei.

5 In Deutschland gehören der Bundestag und der Bundesrat zur ...

- A) Direktive.
 - B) Judikative.
 - C) Legislative.
 - D) Exekutive.
-

6 Welches Organ gehört **nicht**** zu den Verfassungsorganen Deutschlands?**

- A) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident
 - B) der Bundesrat
 - C) die Regierung
 - D) die Bürgerversammlung
-

7 Zu welcher Versicherung gehört die Pflegeversicherung?

- A) Unfallversicherung
 - B) Hausratsversicherung
 - C) Haftpflicht- und Feuerversicherung
 - D) Sozialversicherung
-

8 Frau Frost arbeitet als fest angestellte Mitarbeiterin in einem Büro. Was muss sie nicht von ihrem Gehalt bezahlen?

- A) Umsatzsteuer
 - B) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung
 - C) Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung
 - D) Lohnsteuer
-

9 Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

- A) Schleswig-Holstein
 - B) Hessen
 - C) Mecklenburg-Vorpommern
 - D) Saarland
-

10 Der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand und der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken in Verdun gemeinsam der Toten beider Weltkriege. Welches Ziel der Europäischen Union wird bei diesem Treffen deutlich?



© Bundesregierung/Richard Schulze-Vorberg

- A) Freundschaft zwischen England und Deutschland
 - B) einheitliche Feiertage in den Ländern der EU
 - C) Frieden und Sicherheit in den Ländern der EU
 - D) Reisefreiheit in alle Länder der EU
-

11 Eine Richterin/ein Richter gehört in Deutschland zur ...

- A) rechtsprechenden Gewalt.
 - B) vollziehenden Gewalt.
 - C) planenden Gewalt.
 - D) gesetzgebenden Gewalt.
-

12 In welchem Jahr wurde die Mauer in Berlin gebaut?

- A) 1956
 - B) 1961
 - C) 1959
 - D) 1953
-

13 Wer bildet den deutschen Bundesrat?

- A) die Parteimitglieder
 - B) die Regierungsvertreter der Bundesländer
 - C) die Abgeordneten des Bundestages
 - D) die Ministerinnen und Minister der Bundesregierung
-

- 14 Welches Recht gehört zu den Grundrechten, die nach der deutschen Verfassung garantiert werden? Das Recht auf ...**
- A) Arbeit
 - B) Unterhaltung
 - C) Glaubens- und Gewissensfreiheit
 - D) Wohnung
-
- 15 Welche Lebensform ist in Deutschland nicht erlaubt?**
- A) Ein alleinerziehender Vater lebt mit seinen zwei Kindern zusammen.
 - B) Ein Mann ist mit zwei Frauen zur selben Zeit verheiratet.
 - C) Zwei Frauen leben zusammen.
 - D) Mann und Frau sind geschieden und leben mit neuen Partnern zusammen.
-
- 16 Wer wählt in Deutschland die Bundespräsidentin/den Bundespräsidenten?**
- A) der Bundesrat
 - B) die Bundesversammlung
 - C) das Bundesparlament
 - D) das Bundesverfassungsgericht
-
- 17 Eine Frau in Deutschland verliert ihre Arbeit. Was darf ****nicht**** der Grund für diese Entlassung sein?**
- A) Die Frau erledigt private Sachen während der Arbeitszeit.
 - B) Die Frau kam oft zu spät zur Arbeit.
 - C) Die Frau bekommt ein Kind und ihr Chef weiß das.
 - D) Die Frau ist lange krank und arbeitsunfähig.
-
- 18 Wie hieß der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland?**
- A) Konrad Adenauer
 - B) Willy Brandt
 - C) Helmut Schmidt
 - D) Kurt Georg Kiesinger
-
- 19 Wahlen in Deutschland gewinnt die Partei, die ...**
- A) die meisten Stimmen bekommt.
 - B) die meisten Männer mehrheitlich gewählt haben.
 - C) die meisten Stimmen bei den Arbeiterinnen/Arbeitern bekommen hat.
 - D) die meisten Erststimmen für ihre Kanzlerkandidatin/ihren Kanzlerkandidaten erhalten hat.
-

20 Wer wählt die deutsche Bundeskanzlerin/den deutschen Bundeskanzler?

- A) die Bundesversammlung
 - B) die Bundesregierung
 - C) das Volk
 - D) der Bundestag
-

21 Eine Partei im Deutschen Bundestag will die Pressefreiheit abschaffen. Ist das möglich?

- A) Nein, denn nur der Bundesrat kann die Pressefreiheit abschaffen.
 - B) Ja, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag dafür sind.
 - C) Nein, denn die Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Sie kann nicht abgeschafft werden.
 - D) Ja, aber dazu müssen zwei Drittel der Abgeordneten im Bundestag dafür sein.
-

22 In Deutschland sind Jugendliche ab 14 Jahren strafmündig. Das bedeutet: Jugendliche, die 14 Jahre und älter sind und gegen Strafgesetze verstoßen, ...

- A) teilen die Strafe mit ihren Eltern.
 - B) werden nicht bestraft.
 - C) werden wie Erwachsene behandelt.
 - D) werden bestraft.
-

23 Zu einem demokratischen Rechtsstaat gehört es nicht, dass ...

- A) Menschen sich kritisch über die Regierung äußern können.
 - B) Bürger friedlich demonstrieren gehen dürfen
 - C) Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden.
 - D) jemand ein Verbrechen begeht und deshalb verhaftet wird.
-

24 Wahlen in Deutschland sind frei. Was bedeutet das?

- A) Nur Personen, die noch nie im Gefängnis waren, dürfen wählen.
 - B) Man darf Geld annehmen, wenn man dafür eine bestimmte Kandidatin/einen bestimmten Kandidaten wählt.
 - C) Die Wählerin/der Wähler darf bei der Wahl weder beeinflusst noch zu einer bestimmten Stimmabgabe gezwungen werden und keine Nachteile durch die Wahl haben.
 - D) Alle wahlberechtigten Personen müssen wählen.
-

25 Wie hieß das Wirtschaftssystem der DDR?

- A) Marktwirtschaft
 - B) Planwirtschaft
 - C) Kapitalismus
 - D) Angebot und Nachfrage
-

26 Wann wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

- A) 1939
 - B) 1945
 - C) 1949
 - D) 1951
-

27 Welche Länder wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland als "Alliierte Besatzungsmächte" bezeichnet?

- A) Sowjetunion, Großbritannien, Polen, Schweden
 - B) USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich
 - C) USA, Sowjetunion, Spanien, Portugal
 - D) Frankreich, Sowjetunion, Italien, Japan
-

28 Wann baute die DDR die Mauer in Berlin?

- A) 1961
 - B) 1919
 - C) 1933
 - D) 1990
-

29 Wer darf bei den rund 40 jüdischen Makkabi-Sportvereinen Mitglied werden?

- A) nur Israelis
 - B) nur Deutsche
 - C) alle Menschen
 - D) nur religiöse Menschen
-

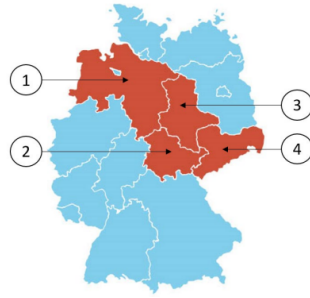
30 Wie viele Bundesländer kamen bei der Wiedervereinigung 1990 zur Bundesrepublik Deutschland hinzu?

- A) 4
 - B) 7
 - C) 5
 - D) 6
-

31 Welche Ministerin/welchen Minister hat Sachsen-Anhalt nicht?

- A) Außenministerin/Außenminister
 - B) Finanzministerin/Finanzminister
 - C) Innenministerin/Innenminister
 - D) Justizministerin/Justizminister
-

32 Welches Bundesland ist Sachsen-Anhalt?



- A) 3
- B) 4
- C) 1
- D) 2

33 Die Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt heißt ...

- A) Halle.
- B) Dessau.
- C) Wittenberg.
- D) Magdeburg.

Einbürgerungstest Simulation 4

Sachsen-Anhalt · Richtige Antworten

1.	C	Anwesenheitspflicht.
2.	C	die Unterstützung einer Anwältin/eines Anwalts
3.	B	Dänemark
4.	B	frei, gleich, geheim.
5.	C	Legislative.
6.	D	die Bürgerversammlung
7.	D	Sozialversicherung
8.	A	Umsatzsteuer
9.	C	Mecklenburg-Vorpommern
10.	C	Frieden und Sicherheit in den Ländern der EU
11.	A	rechtsprechenden Gewalt.
12.	B	1961
13.	B	die Regierungsvertreter der Bundesländer
14.	C	Glaubens- und Gewissensfreiheit
15.	B	Ein Mann ist mit zwei Frauen zur selben Zeit verheiratet.
16.	B	die Bundesversammlung
17.	C	Die Frau bekommt ein Kind und ihr Chef weiß das.
18.	A	Konrad Adenauer
19.	A	die meisten Stimmen bekommt.
20.	D	der Bundestag
21.	C	Nein, denn die Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Sie kann nicht abgeschafft werden.
22.	D	werden bestraft.
23.	C	Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden.
24.	C	Die Wählerin/der Wähler darf bei der Wahl weder beeinflusst noch zu einer bestimmten Stimmabgabe gezwungen werden und keine Nachteile durch die Wahl haben.
25.	B	Planwirtschaft
26.	C	1949
27.	B	USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich
28.	A	1961

29.	C	alle Menschen
30.	C	5
31.	A	Außenministerin/Außenminister
32.	A	3
33.	D	Magdeburg.

Quelle: Offizieller Fragenkatalog des BAMF. Dieses Übungs-PDF ist kein amtliches Prüfungsdokument.